

## **Grenzkontrollen an der Schengener Binnengrenze**

**Ist eine Entscheidung noch richtig, wenn Sie viel zu spät getroffen wird?**

1. Seit Beginn dieses Jahres fordert die DPolG Bundespolizeigewerkschaft von Bundesinnenminister de Maizière, auf Grund der schon lange nicht mehr hinnehmbaren Zustände an der deutsch-österreichischen Grenze, der Bundespolizei nicht nur die ihr fehlenden 3000 Stellen im Bundeshaushalt bereit stellen zu lassen, sondern sie auch durch zusätzliche Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte kurzfristig personell zu verstärken.

Alle unsere Forderungen wurden noch bis vor wenigen Tagen mit der Begründung abgelehnt, dass die Konsolidierung des Bundeshaushalts oberste Priorität habe und zusätzliche Finanzmittel vom Bundesfinanzminister nicht zu bekommen seien.

2. Seit vielen Monaten mahnen wir als DPolG Bundespolizeigewerkschaft beim Bundesinnenminister eine eindeutige Schwerpunktsetzung zu Gunsten unserer bundespolizeilichen Kernaufgabe Grenzschutz an - ggf. auch zu Lasten anderer Aufgabenbereiche wie z.B. der Unterstützung anderer Bundesbehörden oder der wöchentlichen Fußballereinsätze, da wir nicht genügend Personal haben, um auf allen Hochzeiten tanzen zu können.

Stattdessen wurden wir immer wieder dazu angehalten, weiterhin alle Aufgaben und Nebenaufgaben ordnungsgemäß zu erledigen, und das auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen obwohl in vielen Dienststellen Reviere bereits geschlossen und eine Vielzahl von Abordnungen durch Mehrarbeit der verbleibenden Kollegen aufgefangen werden mussten.

3. Nach den Erfahrungen der anlässlich des G7-Gipfels temporär durchgeführten Grenzkontrollen warben wir beim BMI wegen der unaufhaltsam anhaltenden Migration an der deutsch-österreichischen Grenze eindringlich dafür, sich für die Intensivierung der Grenzkontrollen durch eine personell verstärkte Schleierfahndung und erneute temporäre Grenzkontrollen einzusetzen.

Auch diese Forderung wurde bis gestern weitestgehend in den Wind geschrieben und stattdessen die europäischen Regeln zur Einreise von Migranten teilweise sogar völlig außer Kraft gesetzt.

**Bislang hieß es: „Wir sind gefordert, aber nicht überfordert. Wir schaffen das!“  
Seit gestern nun scheint aber alles anders zu sein!**

Nach der Zusage der Bundesregierung von 3000 neuen Stellen für die Bundespolizei in den nächsten drei Jahren wurden nun auch die Kernaufgabe Grenzschutz zum eindeutigen Schwerpunkt erhoben und die von uns geforderte temporäre Einführung von Grenzkontrollen an den Schengener Binnengrenzen umgesetzt.

**Aber was ist für unsere Kolleginnen und Kollegen jetzt wirklich anders?**

Diese werden durch die jüngste Entscheidung noch mehr belastet, weil bis auf 320 zugesagte Zollbeamte für ein halbes Jahr immer noch keine wirkliche Personalverstärkung in greifbarer Nähe ist. Polizeialarm, Zwangsabordnungen und Unterbringung in Turnhallen wie in längst vergangenen Zeiten sind die Antwort auf unserer schon gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen nach einer dringenden und vor allem kurzfristigen Personalverstärkung unserer bis über beide Ohren überlasteten Kolleginnen und Kollegen.

## **Wir fordern den Bundesinnenminister deshalb dazu auf,**

- nun endlich alle Anstrengungen zu unternehmen, zusätzliche bundespolizeiliche Tarifbeschäftigte zur Unterstützung der völlig überlasteten Polizeivollzugsbeamten einzustellen und in drei Monaten ausbilden zu lassen,
- umgehend eine Abfrage unter den in den kommenden 12 Monaten in den Ruhestand tretenden Kolleginnen und Kollegen zu starten, wer auf freiwilliger Basis seine Dienstzeit verlängern will und solche Anträge positiv zu bescheiden,
- zeitgleich einen Aufruf mit wirklichen finanziellen Anreizen an alle Pensionäre und Rentner der Bundespolizei zu starten, um diese für einen freiwilligen temporären Einsatz zur Unterstützung unserer überlasteten Dienststellen und im Rahmen der Ausbildung zu gewinnen,
- die Ausbildungsorganisation der Bundespolizei mit Blick auf die anstehenden riesigen Herausforderungen in allen Bereichen personell und materiell entsprechend auszubauen und zu optimieren,
- eine wirksame Entbürokratisierung bei der Anzeigenerstellung und der Registrierung an der Grenze anzuordnen und pragmatische, entlastende Verfahrensweisen bei der Fallbearbeitung zuzulassen,
- sich in der Bundesregierung für zusätzliche Finanzausstattung für eine entsprechende Ausstattung der Bundespolizei einzusetzen
- und schließlich anders als während des G7-Gipfels eine faire Entlohnung und eine anständige Unterbringung aller zu den Schwerpunkten abgeordneten Kräfte sicherzustellen.